



Umstritten bis heute:  
Woodrow Wilson  
(1856 bis 1924) regierte  
die USA von 1913 bis 1921.  
Links: Pfadfinder in New  
York am Tag des Eintritts  
in den Ersten Weltkrieg



Fotos (Ausschnitt): Glaschouse Images/interfoto; Photo12/UG/Getty Images (2)

# Er wollte keinen Krieg

Dennoch führte Woodrow Wilson, 28. Präsident der USA, sein Land im April 1917 auf das europäische Schlachtfeld: Die Geschichte einer Entscheidung wider Willen **VON MANFRED BERG**

**D**en Präsidenten plagten düstere Vorahnungen. »Krieg«, warnte Woodrow Wilson am 19. März 1917 im vertraulichen Gespräch mit dem Journalisten Frank Cobb, »bedeutet, dass wir alle den Kopf verlieren und das Denken einstellen.« Amerika werde dem Militarismus verfallen, Kriegshysterie zum Ende von Toleranz und Meinungsfreiheit führen, die Verfassung zuschanden gehen. »Wenn es noch eine Alternative gibt«, rief der tiefreligiöse Mann am Ende des Gesprächs verzweifelt aus, »dann lasst sie uns um Gottes willen ergreifen.«

Seit das Deutsche Reich Ende Januar die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges gegen die neutrale Schifffahrt im Nordatlantik angekündigt hatte, befanden sich Berlin und Washington auf Kollisionskurs. Wilson brach die diplomatischen Beziehungen zum Reich ab, wollte aber nicht glauben, dass die Deutschen gezielt US-Schiffe angreifen und amerikanische Bürger töten würden. Auch als am 1. März die sogenannte Zimmermann-Depesche in den USA bekannt wurde, hielt er an Amerikas »bewaffneter Neutralität« fest. Der deutsche Staatssekretär des Äußeren Arthur Zimmermann hatte im Januar Mexiko ein geheimes Bündnisangebot unterbreitet. Das Telegramm war vom englischen Geheimdienst aufgefangen und Wilson zugeleitet worden, der die Note veröffentlichte. Die Empörung in der US-Öffentlichkeit war einhellig. Mitte März versenkten deutsche U-Boote dann drei amerikanische Frachter. Wilsons Kabinett sprach sich für den Krieg aus, aber der Präsident hielt sich noch immer bedeckt. Erst am 2. April 1917 trat er mit seiner Kriegsbotschaft vor den Kongress.

Fast drei Jahre lang hatte Wilson sein Land aus dem »Großen Krieg« herausgehalten. Von Anfang an rief er seine Landsleute zur Unparteilichkeit »im Denken wie im Handeln« auf. Die Sympathien für das eigene Herkunftsland, mahnte der Präsident vor allem mit Blick auf die deutschamerikanische Minderheit, dürften nicht die nationale Einheit der USA gefährden. Die öffentliche Meinung wusste er auf seiner Seite. Denn auch wenn diese den Westmächten zuneigte: Eine Beteiligung am Krieg schien der überwältigenden Mehrheit unvorstellbar. Seit der Präsidentschaft George Washingtons (1789 bis 1797) war die Nichteinmischung in die Händel Europas ein geheiligtes Prinzip der US-Außenpolitik. Neutralität galt zudem als eine Voraussetzung dafür, dass die Kriegsparteien eine amerikanische Vermittlung akzeptierten, die Wilson bereits im September 1914 vertraulich anbot.

Aus deutscher Sicht verhielten sich die USA jedoch alles andere als neutral: Wilson bestand auf der »Freiheit der Meere«, einschließlich des Rechts neutraler Staaten, mit den Kriegsparteien Handel zu treiben. Dieser Anspruch musste zum Konflikt führen. Seit Ende 1914 schnitt die britische Royal Navy Deutschland durch eine weiträumige Seeblockade auch von allen Importen aus den USA ab. Im Februar 1915 wiederum erklärte die kaiserliche Kriegsmarine den uneingeschränkten U-Boot-Krieg. In einer Sperrzone

um die Britischen Inseln mussten alliierte und neutrale Handelsschiffe damit rechnen, ohne Vorwarnung und Rücksicht auf die Besatzungen torpediert zu werden. Sowohl die britische Seeblockade als auch der deutsche U-Boot-Krieg verletzten also amerikanische Neutralitätsrechte. Aber während die US-Regierung es gegenüber der britischen Blockade bei milden Protesten beließ, verurteilte sie den deutschen U-Boot-Krieg als »beispiellosen Akt der Seekriegsführung« und drohte, Deutschland für den Verlust amerikanischer Schiffe und Menschenleben zur Rechenschaft zu ziehen. Die Versenkung des britischen Luxusliners *Lusitania* am 7. Mai 1915, bei der rund 1200 Menschen ums Leben kamen, darunter 128 US-Bürger, brachte das Deutsche Reich und die USA schließlich an den Rand des Krieges. Weil die Reichsleitung im Sommer 1915 den U-Boot-Krieg de facto aussetzte, kam es jedoch noch nicht zur Eskalation.

Gestritten wurde über Wilsons einseitige Neutralitätspolitik auch in den USA selbst. Sein prominentester Kritiker war Außenminister William Jennings Bryan, der nach der Versenkung der *Lusitania* zurücktrat, weil der Präsident sich weder zu einer Verurteilung der englischen Seeblockade entschließen wollte noch zu einer offiziellen Warnung an US-Bürger, auf alliierten Schiffen zu reisen. Amerikas wirtschaftliche Interessen sprachen unterdessen für eine nachdrückliche Verteidigung der »Freiheit der Meere«. Zwischen 1914 und 1916 vervierfachten sich die US-Ausfuhren in die alliierten Länder – ein Großteil davon Rüstungsgüter und Lebensmittel. Rund ein Drittel dieser Waren wurde mit Krediten bezahlt, die amerikanische Banken ausgeben hatten. Vom einfachen Farmer bis zur Wall Street profitierte die US-Wirtschaft vom Kriegsboom. Dass sich Wilson von den »Kaufleuten des Todes« in den Krieg habe treiben lassen, ist gleichwohl eine Verschwörungstheorie. Belege dafür gibt es keine.

Zeitgenossen wie spätere Historiker haben zudem immer wieder behauptet, Wilson habe die USA – sei es aus missionarischem Eifer, sei es aus realpolitischem Kalkül – zielstrebig in den Krieg geführt. Auch sie irrten: Bis zum Schluss klammerte sich der Präsident an die Hoffnung, den Weltkrieg als Schiedsrichter beenden zu können. Schon Ende 1914 deutete er gegenüber einem Journalisten an, er hoffe auf ein Patt, das die Gegner für eine amerikanische Friedensvermittlung empfänglich machen werde.

**Die Deutschen missachten Wilsons Appelle. »Ich pfeife auf Amerika!«, erklärt Ludendorff**

Richtig ist, dass Wilsons Ziele weit über die rasche Beendigung des Krieges hinausgingen: Er strebte nicht weniger als eine globale Neuordnung unter Führung der USA an. Das alte System europäischer Großmacht- und Gleichgewichtspolitik, das die Welt in die Katastrophe gestürzt hatte, sollte durch einen Bund demokratischer Nationalstaaten ersetzt werden. Im Mai 1916 erklärte Wilson erstmals Amerikas Bereitschaft, »als Partner an einer Assoziation der Nationen« mitzuwirken.

Für dieses Ziel war er auch bereit, Druck auf die Alliierten auszuüben. Im November 1916 – er war gerade unter dem Slogan »He kept us out of war!« mit knapper Mehrheit wiedergewählt worden – veranlasste er die US-Notenbank, heimische Investoren vor der Zeichnung weiterer ausländischer Anleihen zu war-

nen. In London herrschte blankes Entsetzen, denn ohne US-Kredite würde England bald das Geld ausgehen. Um einen Friedensprozess in Gang zu setzen, drängte Wilson die Kriegsparteien außerdem, ihre Kriegsziele zu veröffentlichen. Doch weder die Deutschen noch die Alliierten waren zu einer Pax Americana bereit. Wilson ließ sich nicht entmutigen und forderte am 22. Januar 1917 in einer Rede vor dem Kongress einen »Frieden ohne Sieg«, beruhend auf der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung aller Nationen, auf Abrüstung und Freihandel. Krönen sollte die neue Weltordnung ein »Bund des Friedens«, dem auch die USA beitreten würden.

Die Führung des Deutschen Reiches ignorierte Wilsons Appell. Bei einem »Kronrat« mit Kaiser Wilhelm II. am 9. Januar 1917 hatten Oberste Heeresleitung und Admiralstab die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges beschlossen; als Einziger hatte Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg halbherzig Widerstand geleistet. Amerika, glaubten die deutschen Strategen, werde vor einem Krieg zurückschrecken. Falls nicht, würden die U-Boote Nachschub- und Truppentransporte über den Atlantik unterbinden. Bevor die USA ihr militärisches und wirtschaftliches Potenzial in die Waagschale werfen könnten, sei England schon in die Knie gezwungen. Generalquartiermeister Erich Ludendorff, der starke Mann der Obersten Heeresleitung, erklärte hochgemut: »Ich pfeife auf Amerika!« Am 31. Januar wurde die US-Regierung über den unmittelbar bevorstehenden Beginn der U-Boot-Offensive informiert. Trotz eindrucksvoller Anfangserfolge sollte sie sich als grandioses Fehlkalkül erweisen.

Wilson nahm die Nachricht mit Bestürzung auf, hoffte aber, sein Land weiterhin neutral halten zu können. Auch die amerikanische Öffentlichkeit schwenkte erst auf Kriegskurs ein, als deutsche U-Boote anfangen, amerikanische Schiffe zu versenken. Am 2. April schließlich trat Wilson vor den Kongress. Er sprach von einem »furchterregenden Schritt«, den er tun müsse.

Wilson war kein Pazifist, doch der glaubensfeste Calvinist empfand Krieg als tragische Verstrickung in eine Sünde, die nur durch höhere Zwecke gerechtfertigt werden konnte. Er verknüpfte daher nationale Interessen mit universalen Prinzipien: »Wir kämpfen für den Weltfrieden und die Befreiung aller Völker, einschließlich des deutschen: für die Rechte der großen und der kleinen Nationen.« Voraussetzung für den künftigen Weltfrieden sei die Demokratie. Demokratisch regierte Völker, davon war Wilson überzeugt, würden niemals einen Angriffskrieg beginnen. Kein Satz seiner Kriegsbotschaft ist häufiger zitiert worden als die berühmte Forderung »The world must be made safe for democracy«.

Am Ende seiner Rede brandete stürmischer Applaus auf, doch als der Kongress vier Tage später über die Kriegserklärung abstimme, gab es beachtliche 56 Gegenstimmen, 50 im Repräsentantenhaus, sechs im Senat.

Der stärkste Widerstand kam von progressiven Sozialreformern aus Staaten mit hohem deutschem Bevölkerungsanteil. Senator George Norris aus Nebraska empörte sich, Amerika ziehe »auf Befehl des Goldes« (gemeint war die Wall Street) in den Krieg. Auch manche Befürworter eines Waffenganges distanzierten sich von Wilson – weil ihnen die Kriegsziele des Präsidenten suspekt waren. Senator William

Borah aus Idaho erklärte: »Ich führe Krieg allein für meine Landsleute und ihre Rechte; für mein Land und seine Ehre.« Nicht zuletzt verweigerte die einzige Frau im Kongress, Jeannette Rankin, ihre Zustimmung: 1916 war sie für den Bundesstaat Montana, wo Frauen bereits das aktive und passive Wahlrecht besaßen, ins Repräsentantenhaus eingezogen. Sie wurde zu einer Galionsfigur der amerikanischen Friedensbewegung. Mit ruhiger Stimme sagte sie: »Ich möchte zu meinem Land stehen, doch ich kann nicht für einen Krieg stimmen. Ich votiere mit Nein!«

Wilsons Befürchtung, dass der Krieg zu Intoleranz und Repression in den USA führen werde, sollte sich schon bald bewahrheiten. Und tragischerweise trugen der Präsident und seine Regierung dafür selbst die Hauptverantwortung. Weil die Unterstützung der Bevölkerung unsicher erschien, entfachte das neu gegründete Committee on Public Information eine beispiellose Propagandakampagne. Rabiate Nationalisten tyrannisierten daraufhin die Deutschamerikaner, die kollektiv in den Verdacht gerieten, illoyal zu sein: Die deutsche Sprache und Kultur sollten aus dem amerikanischen Leben getilgt werden; Sauerkraut hieß fortan *liberty cabbage*, Freiheitskraut.

**Sigmund Freud verspottet den Präsidenten in einer posthumen Analyse als Muttersöhnchen**

Wilson tolerierte den antideutschen Furor ebenso wie Zensur und die staatliche Verfolgung, die sich gegen Progressive, Pazifisten und Linke wie den Sozialistenführer Eugene Debs richtete, der 1918 wegen Aufbruch zur Kriegsdienstverweigerung zu zehn Jahren Haft verurteilt wurde. Dabei hatten gerade die progressiven Internationalisten 1916 Wilsons Wiederwahl unterstützt – während er von den reaktionären Nationalisten, denen die Kriegshysterie Auftrieb gab, keinen Rückhalt für sein liberales Friedensprogramm erwarten durfte. Ein verbitterter Anhänger kommentierte fassungslos: »Seinen Feinden gibt er politische Ämter, und seine Freunde steckt er ins Gefängnis.«

Wie Wilson es prophezeit hatte, entschied der Kriegseintritt der USA den Weltkrieg zugunsten der Alliierten. Als der US-Präsident Ende 1918 in Europa eintraf, wurde er in Paris, London und Rom wie ein Messias empfangen. Auch die Deutschen erhofften sich einen milden »Wilson-Frieden« auf der Grundlage der Vierzehn Punkte, die der Präsident im Januar 1918 verkündet hatte. Doch als Anfang Mai 1919 der Friedensvertrag präsentiert wurde, platzten alle Illusionen. Die Deutschen warfen dem US-Präsidenten vor, sie mit dem Versprechen auf einen gerechten Frieden zur Aufgabe gebracht und dann dem Versailler »Schanddiktat« preisgegeben zu haben.

Auch viele heimische Anhänger beschuldigten Wilson des Verrats an seinen liberalen Prinzipien. Mitunter prägt dieses Verdikt das Bild des Präsidenten noch heute. Gestützt wurde die negative Sicht unter anderem durch eine posthume Psychoanalyse Wilsons, die Sigmund Freud in den dreißiger Jahren gemeinsam mit dem amerikanischen Diplomaten William C. Bullit verfasste. Enttäuscht über Wilsons Politik, schmäht die beiden ihn als schwächliches und hässliches Muttersöhnchen, das zeitlebens unter dem Bann eines dominanten Übervaters gestanden habe.

So ungerecht sich solche Urteile ausnehmen, so verständlich ist die Ernüchterung der Zeitgenos-

sen. Zwar hatte Wilson in Paris die Gründung des Völkerbundes durchgesetzt, der, wie er hoffte, den Frieden sichern und Mängel des Friedensvertrages korrigieren würde. Bei seiner Heimkehr in die USA musste der Präsident jedoch feststellen, dass die Unterstützung für einen Beitritt der USA rapide schwand. Viele Amerikaner fürchteten, der Völkerbund werde ihr Land künftig in alle Kriege der Welt hineinziehen. Dass der US-Senat die Ratifizierung des Versailler Vertrages und damit die Mitgliedschaft im Völkerbund ablehnte, lag aber auch daran, dass Wilson zu keinerlei Kompromiss mit der republikanischen Opposition bereit war. Unter der Parole »Zurück zur Normalität!« errangen die Republikaner im November 1920 denn auch einen Erdrutschsieg bei den Präsidentschafts- und Kongresswahlen.

Mit derselben Sturheit, mit der er jedes Zugeständnis an seine Kritiker abgelehnt hatte, blieb Wilson bis zu seinem Tod am 3. Februar 1924 davon überzeugt, das amerikanische Volk werde seine wahren Interessen erkennen und dem Völkerbund noch beitreten. In Wirklichkeit war der Wilsonsche Internationalismus diskreditiert. Die republikanischen Regierungen der zwanziger Jahre betrieben zwar die wirtschaftliche Stabilisierung Europas durch private Kredite, hielten jedoch an den Prinzipien der Bündnis- und Handlungsfreiheit sowie an einer protektionistischen Handelspolitik fest.

In der Weltwirtschaftskrise nach 1929 verschärfte sich die Abneigung der Amerikaner gegen die Übernahme internationaler Verpflichtungen noch weiter: Die dreißiger Jahre wurden zur Hochzeit eines Isolationismus, der sich scharf von Wilsons Kriegs- und Friedenspolitik abgrenzte. Der Eintritt in den Ersten Weltkrieg galt nun weithin als Verschwörung raffgieriger Banken und Rüstungsproduzenten. Zum 20. Jahrestag ehrte der Kongress 1937 diejenigen Senatoren und Abgeordneten, die damals mit Nein gestimmt hatten.

Als Hitlerdeutschland kurze Zeit später den Zweiten Weltkrieg vom Zaun brach, lehnte die Mehrheit der US-Bevölkerung ein erneutes Eingreifen ab. Isolationisten aller Couleur gründeten 1940 ein Komitee, das Aufrüstung und Abschottung in der »Festung Amerika« propagierte, angeführt wurde es von dem Fliegerhelden Charles Lindbergh, dem man nicht zu Unrecht Antisemitismus und Sympathien für Hitler nachsagt. Der Schlachtruf der Bewegung lautete »America first!«. Es dauerte allerdings nicht lange, bis Wilson und der Wilsonianismus unter dem Eindruck des Zweiten Weltkriegs eine Renaissance erlebten. Sein Name stand fortan für Amerikas Selbstverständnis als Führungsmacht der liberalen Demokratie.

Bis heute ist sein Erbe umstritten. Liberale Internationalisten halten an der Grundüberzeugung fest, dass die nationalen Interessen der USA ein aktives Eintreten für eine demokratische Weltordnung erfordern. Kritiker sehen in Wilsons Kriegsbotschaft vom 2. April 1917 dagegen den Beginn einer ganz anderen Entwicklung: der Ideologisierung der US-Außenpolitik, die Amerika immer wieder zu imperialer Hybris und blindem Interventionismus verleitet habe.

Der Autor lehrt Amerikanische Geschichte an der Universität Heidelberg. Gerade ist von ihm bei C. H. Beck erschienen: »Woodrow Wilson. Amerika und die Neuordnung der Welt. Eine Biographie«; 277 S., 16,95 €